



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Technik- und Umweltausschusses am 03.12.2019**

<b>Ort:</b>	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:21 Uhr

### **Anwesende Personen**

**Vorsitzende/r:**

Bodner, Nicola

**Ordentliche Mitglieder:**

Frensch, Kristin  
Gutgesell, Andreas  
Hörter, Frank  
Lüthje-Lenhardt, Monika  
Mohamed Fahir, Aisha  
Rahn, Klaus-Helimar  
Reeb, Tilo  
Rendes, Markus  
Rothweiler, Edelbert  
Schaier, Barbara  
Vortisch, Volker Hans

**Schriftführer/in:**

Vladislav, Jasmin

**Verwaltung:**

Knobloch, Günter  
Muhl, Maike  
Renz, Uwe  
Schönhaar, Tamara  
Willi, Peter  
Zöller, Sven

**Ortsvorsteher/in:**

Oberle, Gebhard

### **Nichtanwesende Personen**

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 25.11.2019.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 28.11.2019.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 6 von 12 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderätin Schaier  
Gemeinderätin Mohamed Fahir



## T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Bauanträge
  - 2.1. Nutzungsänderung im Erdgeschoss des Wohn- und Geschäftshauses. Umbau der Innenräume zu einem Schnellrestaurant für Pizza- und Dönerkebab-Ausgabe. **BV/456/2019**
  - 2.2. Erweiterung des Obergeschosses und Balkonerweiterung am rückwärtigen Wohnhaus **BV/457/2019**
  - 2.3. Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage **BV/458/2019**
  - 2.4. Errichtung einer Dachgaube **BV/459/2019**
3. Bauanfragen
  - 3.1. Neubau eines Einfamilienhauses **BV/464/2019**
  - 3.2. Neubau von 3 Einfamilien-Wohnhäusern **BV/465/2019**
4. Vorstellung Energiebericht 2018  
- Kenntnisnahme **BV/467/2019**
5. Herstellung einer geordneten Außengebietsentwässerung im Bereich Bildungszentrum/Sportplätze Berghausen  
- Neuprofilierung des Horster Grabens (Erdprofil) zwischen K 3541 und Einlauf in die Verdolung **BV/443/2019**
6. Zeitvertragsarbeiten 2020: Bauunterhaltung öffentlicher Gebäude  
- Auftragsvergabe  
- Beratung und Entscheidung **BV/451/2019**
7. Mitteilungen der Bürgermeisterin
8. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
9. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



## 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt die Vorgehensweise und weist darauf hin, dass sich dieser Tagesordnungspunkt am Ende der Sitzung wiederhole.

Es gibt keine Wortmeldungen.

## 2. Bauanträge

### 2.1. Nutzungsänderung im Erdgeschoss des Wohn- und Geschäftshauses. Umbau der Innenräume zu einem Schnellrestaurant für Pizza- und Dönerkebab-Ausgabe.

**Herr Willi** trägt nachfolgenden Sachverhalt vor:

*In den Räumen der ehemaligen Bäckerei im Erdgeschoss des Wohn- und Geschäftshauses an der Ecke Pforzheimer Straße und Bockstalstraße soll nach dem vorliegenden Antrag auf Nutzungsänderung ein Schnellrestaurant mit einem Angebot an Pizzen sowie Dönerkebab eingerichtet werden. Für die neue Nutzung sind lediglich kleinere Umbauten im Innenbereich des Gebäudes geplant. So ist der Einbau von zwei Toiletten, einem Umkleideraum und einer Küche vorgesehen. Im vorderen Eingangsbereich befindet sich die Verkaufstheke. Auf der freien Nutzfläche im Innenbereich sollen laut Aussage des Planers 7 – 8 Tische für 2 – 4 Personen aufgestellt werden. Einen Stellplatznachweis für die Besucher des Schnellrestaurants – auch für die vorausgegangene Nutzung - gibt es nicht. Das Grundstück befindet sich im unbeplanten Innenbereich, angrenzend an den bestehenden Kreisel. Das Grundstück ist nahezu zu 100 % überbaut. Da es sich beim besagten Wohn- und Geschäftshaus schon immer um eine gewerbliche Nutzung im Erdgeschoss des Hauses handelt, stünde einer weiteren gewerblichen Nutzung wohl nichts entgegen. Über das Fehlen von Stellplätzen und entsprechenden Nachforderungen ist die Baurechtsbehörde zuständig. Hier wird voraussichtlich der „gewerbliche“ Bestandschutz für das Objekt greifen (Stellplatzablösung?). Es könnte aber auch zu einer erforderlichen Stellplatzablösung kommen. Der Ausschuss für Technik und Umwelt hat zunächst ausschließlich über die geplante Umnutzung zu entscheiden. Die Verwaltung ist der Ansicht, dass der geplanten Nutzungsänderung zugestimmt werden kann. Somit werden die bisher gewerblich genutzten Räume erhalten und nicht einer Wohnnutzung zugeführt – was schon zu Befürchtungen in Richtung Monteurunterkunft führte.*

**Gemeinderätin Schaier** sagt, es sei eine schwierige Situation. Gegen die Nutzungsänderung habe sicherlich niemand etwas, problematisch seien aber die fehlenden Stellplätze. Selbst wenn diese abgelöst werden könnten, habe die Gemeinde keine Stellplätze für eine Ablösung mehr anzubieten. Der Park & Ride – Parkplatz sei total zugeparkt. Sie habe Angst, dass das Parken zum Problem werde.

**Herr Willi** erklärt, dass sich der Antragsteller erklären müsse, falls die Baurechtsbehörde einen Stellplatzbedarf sähe. Über das Thema „Ablösung“ habe wiederum das Gremium zu entscheiden.

**Gemeinderätin Mohamed Fahir** teilt mit, die SPD-Fraktion sehe es ebenfalls kritisch. Fehlende Stellplätze würden eine vermehrte Staugefahr an dieser Stelle bedeuten. Ihre Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.



**Gemeinderat Dr. Rahn** sieht es nicht kritischer als den früheren Zustand. Damals sei eine Bäckerei in den Räumlichkeiten gewesen. Das Stellplatzthema sei kein Grund die Nutzungsänderung abzulehnen.

**Gemeinderat Reeb** äußert, seine Fraktion sehe hier durchaus einen Unterschied. Heute gäbe es mehr Parkdruck. Würde man zustimmen, würde man dem Antragsteller Hoffnungen machen, obwohl man einer Stellplatzablösung dagegen nicht zustimmen wolle.

**Gemeinderat Rothweiler** fragt, wieviel Stellplätze der Antragsteller vorweisen müsse und wieviel Stellplätze durch den Bestandsschutz wegfallen würden.

**Herr Willi** kann es nicht sagen. Hierfür gäbe es spezielle Berechnungen, bei denen auch der ÖPNV-Abzug berücksichtigt werde.

**Gemeinderätin Schaier** gibt zu bedenken, dass die genannte Bäckerei vor 25 Jahren in dem Gebäude war. Die Situation habe sich seither geändert.

**Herr Willi** weist darauf hin, dass das Gasthaus Adler keine eigenen Stellplätze, die Bäckerei Bauer vielleicht zwei und der Hühnerdieb ebenfalls vielleicht zwei Stellplätze hätten.

**Gemeinderat Hörter** sieht es auch gespalten. Einerseits wolle man Gewerbe fördern, hier gäbe es aber mit den Stellplätzen Probleme. Er werde aber zustimmen.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** sieht es ähnlich „entspannter“ wie Gemeinderat Dr. Rahn. Ihre Fraktion hoffe, dass zukünftig wieder weniger Autos fahren und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

**Gemeinderätin Frensch** wird ebenfalls zustimmen. Es gehe um eine gewisse Existenz. Eventuell sollte man dem Antragsteller mitteilen, dass die fehlenden Stellplätze evtl. Probleme bereiten können.

**Herr Willi** teilt mit, dass der Antragsteller bereits informiert sei.

**Gemeinderat Gutgesell** sagt, er werde zustimmen. Das Gewerbe soll gestärkt und nicht verlagert werden.

**Bürgermeisterin Bodner** liest den Beschlussvorschlag vor. Sie fragt: „Wer ist dafür?“

**Abstimmung:**  
8 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

Das Gremium fasst somit mehrheitlich folgenden Beschluss:

**Der Umnutzung der gewerblichen Räume im EG des Wohn- und Geschäftshauses in ein Schnellrestaurant wird zugestimmt.**

## **2.2. Erweiterung des Obergeschosses und Balkonerweiterung am rückwärtigen Wohnhaus**

**Herr Willi** trägt nachfolgenden Sachverhalt mit eigenen Worten vor:

*Zur Schaffung einer größeren Nutzfläche für ein Jugend- und ein Badezimmer im Oberge-*





**Gemeinderat Hörter** signalisiert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

**Gemeinderat Reeb** sagt, dies sei ein Beispiel für eine innerörtliche Verdichtung ohne das Grundstück mit einem Mehrfamilienhaus auszunutzen.

**Gemeinderat Rothweiler** signalisiert für die Grünen-Fraktion ebenfalls Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

**Bürgermeisterin Bodner** fragt:

„**Wer stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu?**“

**Abstimmung:**                      **12 Ja-Stimmen**

Das Gremium fasst somit einstimmig folgenden Beschluss:

**Dem Bauvorhaben wird das gemeindliche Einvernehmen nach § 36 BauGB erteilt.**

## **2.4. Errichtung einer Dachgaube**

Der Tagesordnungspunkt war zuvor abgesetzt worden.

## **3. Bauanfragen**

### **3.1. Neubau eines Einfamilienhauses**

**Herr Willi** trägt nachfolgenden Sachverhalt vor:

*Mit dem vorliegenden Antrag auf Bauvorbescheid möchte die Antragstellerin geklärt wissen, ob auf dem geplanten Grundstück im OT Söllingen ein weiteres Einfamilienwohnhaus - in zweiter Baureihe - genehmigungsfähig ist. Im Detail würde es sich um ein zweigeschossiges Flachdachgebäude ohne Unterkellerung mit versetzten Ebenen handeln. Die durch den Neubau entstehende Bautiefe (der Abstand zwischen der Straßengrenze und der geplanten Gebäuderückseite) beträgt ca. 37 m vom Straßenrand aus gemessen. Das Baugrundstück befindet sich in Ortsrandlage zum Außenbereich. Ein Bebauungsplan liegt nicht vor. Das geplante Vorhaben hat sich gemäß § 34 Baugesetzbuch in die Eigenart der näheren Umgebungsbebauung einzufügen. Zur Beurteilung einer bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit wird die städtebauliche Nutzung der nördlichen Lessingstraße herangezogen. Im Vergleich hierzu weisen die Nachbargrundstücke nur Wohngebäude in der ersten Baureihe (entlang der Straße) auf. Selbst die vorhandenen Nebengebäude - wie Garagen, Schuppen und Scheunen - erreichen nicht die geplante Bebauungstiefe von 37 m. Das als Bauanfrage anstehende Bauvorhaben fügt sich somit nicht in die Eigenart der näheren Umgebungsbebauung ein. Eine Genehmigungsfähigkeit im Rahmen des Bauplanungsrechtes kann nicht festgestellt werden. Aus Sicht der Verwaltung kann dem Gremium demnach nur empfohlen werden, die Bauanfrage abzulehnen.*

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** fragt, ob man das nicht noch einmal überdenken könne. Auf den Nachbargrundstücken würden auf dieser Höhe Nebengebäude bestehen.

**Herr Willi** teilt mit, dass es sich bei den Nebengebäuden um eingeschossige Schuppen



handle. **Gemeinderätin Lüthje-Lenhard** nimmt dies mit einem OK zur Kenntnis.

**Gemeinderätin Frensch** fragt, wie es sich rechtlich bei den zwei Häusern gegenüber verhalte.

**Herr Willi** antwortet, dass hier 2005 ein kleiner Bebauungsplan aufgestellt wurde. Es handle sich somit um eine andere planungsrechtliche Situation.

**Gemeinderat Rothweiler** sagt, da man sich hier in Ortsrandlage zum Außenbereich befinde, sei es für ihn sehr überraschend, dass man hier nicht bauen könne. Er fragt, warum man hier keinen Bebauungsplan mache.

**Herr Knobloch** sagt, das sei aus verschiedenen Gründen schwierig. Die Rechtsprechung sage klar, dass der Außenbereich mit Abschluss der Fassade anfangen. Es handle sich hier um einen klassischen Fall des § 35 BauGB. Wenn das Gremium aber wolle, dass die Gemeinde einen Bebauungsplan aufstelle, dann werde die Verwaltung das machen. Es bestehe bei einer Zulassung des Vorhabens die Gefahr, dass die Erschließung nicht mehr gesichert ist. Die Gemeinde trage die Erschließungslast. Wenn dann mit der Bebauung weitergemacht werde, werde die Erschließungslast zur Erschließungspflicht. Er stellt klar, dass es sich für die Verwaltung glasklar um Außenbereich handle.

**Bürgermeisterin Bodner** fragt, wer dem Beschlussvorschlag zustimmen kann.

**Abstimmung:** 12 Ja-Stimmen

Das Gremium fasst somit einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Bauanfrage wird abgelehnt. Das Bauvorhaben überschreitet die vorhandene Bautiefe und fügt sich somit nicht in die Eigenart der näheren Umgebungsbebauung ein.**

### 3.2. Neubau von 3 Einfamilien-Wohnhäusern

*Auf den hierzu ergangenen Sachverhalt wird verwiesen.*

**Herr Willi** teilt mit, der Planer hätte gesagt, dass er sich den Flächennutzungsplan angeschaut habe. Wie im Sachverhalt dargelegt, könne man hier nur den Beschluss fassen, das Vorhaben abzulehnen.

**Gemeinderat Hörter** weist darauf hin, dass das Grundstück Flst.Nr. 822 auch keine Zufahrt habe. Die Bauvoranfrage sei im Interessenskonflikt zu Bühl.

**Bürgermeisterin Bodner** fragt:

„Stimmt jemand gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung?“

**Abstimmung:** Keine Handzeichen.

Das Gremium fasst somit einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Antrag auf Bauvorbescheid wird abgelehnt. Das geplante Bauvorhaben befindet sich im Außenbereich. Eine Privilegierung im Sinne des § 35 Abs. 1 BauGB liegt nicht vor.**



#### 4. Vorstellung Energiebericht 2018 - Kenntnisnahme

*Auf den hierzu ergangenen Sachverhalt wird verwiesen.*

**Bürgermeisterin Bodner** bittet Herrn Zöller um seine Vorstellung des Energieberichts.

**Herr Zöller** sagt, da ein paar neue Gesichter im Gremium dabei seien, werde er ein bisschen ausführlicher auf die Historie des kommunalen Energiemanagements (KEM) eingehen. Im Jahre 2009 sei das KEM zusammen mit der KEA (Klimaschutz- und Energieagentur Karlsruhe) und der isuf (Institut für Sozial- und Umweltforschung) gegründet worden. Nach einer Bestandsaufnahme der Energieverbräuche der Liegenschaften der Gemeinde war es das Ziel gewesen, den Energieverbrauch durch verschiedene Maßnahmen zu reduzieren und auch weiterhin zu reduzieren. Bis 2015 habe dies die „isuf“ durchgeführt. Anschließend habe er diese Aufgabe übernommen. *Anhand einer Tabelle zeigt er die Verbräuche von 2007 bis 2018.* Wie man im Berichtsjahr erkennen könne, seien die Verbräuche gestiegen. Grundsätzlich seien die Verbräuche trotz Steigerung noch auf einem guten Niveau. Der Wärmeverbrauch sei gegenüber dem Vorjahr um 120 MWh - witterungsbereinigt - gestiegen. Grund hierfür seien die abgängigen Gaskessel der Grundschule Kleinsteinbach gewesen. Die Kessel seien bereits getauscht und die Einsparungen bereits in diesem Jahr ersichtlich. Wenn dieser Mehrverbrauch der Grundschule Kleinsteinbach vom derzeitigen Gesamtwärmeverbrauch abgezogen würde, läge die Gemeinde bei einem Gesamtwärmeverbrauch in Höhe von 3.615 MWh und somit wieder auf einem sehr guten Wert. Auch beim Stromverbrauch habe man einen kleinen Anstieg in Höhe von 5 MWh zu verzeichnen. Dies hänge damit zusammen, dass seit dem Jahr 2018 wieder die Verbräuche der Friedhofskapelle Wöschbach mit einfließen. Der Wärmeverbrauch laufe hier über den Lichtstromzähler. Der Stromverbrauch bei der Friedhofskapelle belaufe sich auf knapp 6 MWh. Ziehe man den Mehrverbrauch vom Gesamtverbrauch ab, wäre der Verbrauch von 2018 um 1 MWh unter dem Vorjahresverbrauch. Es sei also ersichtlich, dass die Gemeinde auch im Strombereich auf dem guten Niveau der letzten Jahre sei. Der Stromverbrauch soll aber durch weitere Maßnahmen, wie z.B. die Beleuchtungssanierung, weiter gesenkt werden. Vom Bafa gäbe es immernoch Zuschüsse, weshalb die LED-Sanierung weiter vorangetrieben werden soll. Bei den Hallen und Schulen sei man damit bereits fast komplett durch. Durch diese Sanierungsmaßnahmen wurden bisher über 620.000 kWh und über 69.000 t CO<sub>2</sub> eingespart. Bei der Straßenbeleuchtung habe der Stromverbrauch vor der Sanierung bei etwas über 1 Million kWh gelegen. Durch die Beleuchtungssanierung habe man jetzt nur noch einen jährlichen Verbrauch in Höhe von ca. 280.000 kWh. Das entspreche einer Einsparung von 72 %. Der Wasserverbrauch sei gegenüber dem Vorjahr um 845 m<sup>3</sup> gestiegen. Dies hänge hauptsächlich mit dem Wetter zusammen und dass der Friedhof Wöschbach wieder in die Bewertung mit einfließe. Alleine der Friedhof Wöschbach schlage mit 228 m<sup>3</sup> zu Buche. Des Weiteren habe der Bauhof sowie die restlichen Friedhöfe einen Mehrverbrauch in Höhe von 630 m<sup>3</sup>. Somit ergebe sich ein Gesamtmehrverbrauch dieser 5 Objekte in Höhe von 858 m<sup>3</sup>. Die Entwicklung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes richte sich nach dem tatsächlichen Verbrauch. Dieser habe 2018 bei 2.871 MWh gelegen und war somit um über 8 % niedriger als 2017. Beim Strom seien die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 6 t gestiegen. Dies hänge größtenteils mit dem Friedhof Wöschbach zusammen, der wieder in den Bericht mit einfließe. Theoretisch habe die Gemeinde aber keinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß beim Strom, weil sie Ökostrom beziehe. Im Berichtsjahr habe die Gemeinde die 1 Million € - Marke geknackt, was die bisherigen Einsparungen anbelange. Es seien bislang die unterschiedlichsten Maßnahmen umgesetzt worden. Diese würden von Kleinstmaßnahmen bis hin zu großen Baumaßnahmen reichen, wie beispielsweise die Dämmung der Schule Wöschbach. Die Sanierungsmaßnahmen würden jetzt schon Wirkung zeigen. Natürlich könne man es nicht aufrechnen, was reingesteckt wurde und welche Ersparnis dadurch er-



folge, deshalb mache man solche Maßnahmen auch nur dann, wenn es sich ohnehin anbieten. Nutzerbedingt komme es immer noch zu Mehrverbräuchen. Das seien beispielsweise solche Fälle, wo ein Heizkörper über 5 Tage bei geöffnetem Fenster laufe. Um dies zu verhindern, wolle er SmartHome bei kleineren Projekten testen. Dieses könne auch über das Handy bedient werden. Derzeit werden die SmartHome Thermostate im Umweltamt getestet. Der Familientreff biete sich beispielsweise dafür an. Bei Objekten, die nicht dauerhaft belegt seien, werde mit Einsparungen von bis zu 30 % gerechnet. Das Energie-Einspar-Contracting Söllingen sei Ende letzten Jahres ausgelaufen. Dieses sei bisher nicht im Energiebericht enthalten. Die Gemeinde sei hier Vorreiter gewesen. Der Contracting-Vertrag zwischen der Gemeinde und E1 – früher: Isop – sei im Jahr 2009 abgeschlossen worden. Dieser habe der Gemeinde eine jährliche Einsparung in Höhe von über 140.000 € pro Jahr durch bestimmte energetische Maßnahmen garantiert. Gleichzeitig habe sich der Contractor dadurch refinanziert. Diese Maßnahmen beinhalteten unter anderem die Wärmeerzeugung durch eine Hack-schnitzelanlage sowie der Aufbau eines Nahwärmenetzes welches die Grundschule Söllingen mit Hallenschwimmbad, die Räuchlerhalle sowie die Rathäuser mit Wärme versorgt. Der Vorteil bei solch einem Contracting liege darin, dass der Contractor die Investition vornehme und damit auch das finanzielle Risiko trage. Dies gewährleistete, dass der Contractor sich ständig um die Anlage kümmerte, da er die garantierte Einsparung erreichen musste. Die installierte Technik sei mit Beendigung des Vertrages im letzten Jahr in das Eigentum der Gemeinde übergegangen. Jährlich spare die Gemeinde nun ca. 120.000 € in die eigene Tasche. Um das eingesparte Geld wieder sinnvoll zu investieren, stehe die Überlegung an ein BHKW zu installieren. Hiermit könnte der Deckungsanteil vom Ölkessel von ca. 12 % weiter reduziert werden. Des Weiteren könnte der produzierte Strom in den Liegenschaften selbst verbraucht werden. Eine Amortisation würde sicherlich innerhalb von ein paar Jahren erfolgen. Dieses Projekt werde im Ausschuss vorgestellt, sobald die Machbarkeitsstudie vorliege. Für die Zukunft stünden weitere Detailuntersuchungen der Liegenschaften an. Die Beleuchtungssanierung sollte ebenfalls vorangetrieben werden. Hier sei man auf einem sehr guten Weg. Die Schulen und Hallen seien fast vollständig auf LED umgestellt. Nun müssten auch die kleineren Objekte auf LED umgestellt werden. Zum European-Energy-Award, der kürzlich einstimmig vom Gemeinderat beschlossen wurde, wolle er noch sagen, dass er die Teilnahme bereits im Jahr 2014 vorgeschlagen habe. Dies habe damals aber leider noch keine Zustimmung erfahren, vermutlich da die Zeit noch nicht reif dafür war. Sein Wunsch sei, dass die Gemeinde Leitsätze erarbeite. Beispielsweise: „Wir benutzen kein Öl.“ Als Fazit könne er sagen, dass das Energiemanagement aufgebaut wurde, erfolgreich sei und eine Daueraufgabe bleiben werde.

**Herr Renz** bedankt sich bei Herrn Zöller für die Vorstellung des Energieberichts. Dieser fülle die „Fußstapfen“ toll aus. Er gibt zu bedenken, dass Waldbronn erst jetzt über ein Energiemanagement nachdenke.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** lobt die sehr gute Arbeit. Sie sei sehr zufrieden. Mit dieser Tätigkeit sei das Umweltamt seiner Zeit voraus. Nie sei die Zeit so bereit gewesen wie heute. Auch solle die Förderung weiter ausgeschöpft werden. Sie bittet den als Pressevertreter anwesenden Herrn Ehrlar darüber zu schreiben, dass Pfinztal hier weiter als andere Gemeinden sei. Sie trage es voll mit, dass eine Stabsstelle für das Energiemanagement gesucht werde.

**Gemeinderätin Schaier** bedankt sich. Sie merkt zur Friedhofskapelle Kleinsteinbach auf Seite 168 des Energieberichts an, dass ihr ein Fall bekannt sei wo drei Heizlüfter liefen, nur weil der Schalter für die Heizung nicht gefunden wurde.

**Herr Zöller** weist auf die Wichtigkeit ein, dass solch ein Nutzungsverhalten, wo es möglich ist, abgestellt werden müsse.



**Bürgermeisterin Bodner** sagt, dass man sich in einem Lernprozess befinde.

**Gemeinderätin Schaier** weist darauf hin, dass die Turnhalle „Hagwaldhalle“ viel zu kalt sei. Durch die Schlitze komme immer Kaltluft rein.

**Herr Zöllner** erklärt, dass hier das Heizungssystem das Problem sei. Man habe hier Zugescheinungen. Die Alternative wäre den Luftstrom zu erhöhen.

**Gemeinderätin Schaier** weist darauf hin, dass im Pfinzihaus auch schon die Heizlüfter stehen würden, weil es montags so kalt sei. Man müsse bedenken, dass sich dort Kleinkinder im Alter zwischen 0 – 3 Jahren aufhalten.

**Herr Zöllner** antwortet, dass der Heizungsbauer wieder dagewesen sei. Problem sei, dass es sich hier um das letzte Haus am Strang handle. Evtl. müsste man versuchen, die Anlage anders zu schalten.

**Gemeinderätin Schaier** teilt mit, dass die Ortsverwaltung Kleinsteinbach ab 16 Uhr ebenfalls kalt sei.

**Gemeinderat Vortisch** bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Schön sei, dass auch den kleinsten Abweichungen nachgegangen werde.

Abschließend bedankt sich auch **Bürgermeisterin Bodner**. Es handle sich um eine gute Handreichung. Es habe sich gezeigt, dass die Verbräuche gut unter Kontrolle seien.

**5. Herstellung einer geordneten Außengebietsentwässerung im Bereich Bildungszentrum/Sportplätze Berghausen  
- Neuprofilierung des Horster Grabens (Erdprofil) zwischen K 3541  
und Einlauf in die Verdolung**

*Auf den hierzu ergangenen Sachverhalt wird verwiesen.*

**Herr Knobloch** sagt, die Baumaßnahme reiche von der Kreuzung B 293 / Wöschbacher Straße bis zum Einlauf beim Sportplatz in Berghausen. Die Ausschreibung sei auf großes Interesse bei den Bietern gestoßen. Das Ausschreibungsergebnis sei sogar günstiger als ursprünglich angepeilt. Es spreche nichts gegen eine Beauftragung des günstigsten Bieters.

**Gemeinderat Rendes** findet, dass wenn man das Ausschreibungsergebnis so anschauere, es diesmal sogar in Ordnung sei nicht die Firma aus Pfinztal zu beauftragen.

**Gemeinderat Hörter** signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

**Gemeinderat Vortisch** äußert für seine Fraktion, dass diese das Angehen dieser Maßnahme begrüße. Es spreche nichts gegen die Beauftragung.

**Bürgermeisterin Bodner** fragt:  
„Wer stimmt dem Beschlussvorschlag zu?“

**Abstimmung: 12 Ja-Stimmen**



Das Gremium beschließt somit einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:  
**Der Auftrag an die Firma F.G. Erdbau GmbH aus Weiskirchen kann erteilt werden.**

**6. Zeitvertragsarbeiten 2020: Bauunterhaltung öffentlicher Gebäude**  
**- Auftragsvergabe**  
**- Beratung und Entscheidung**

*Auf den hierzu ergangenen Sachverhalt wird verwiesen.*

**Herr Knobloch** erklärt, dass die Zeitvertragsarbeiten für regelmäßig wiederkehrende kleine Maßnahmen bei 13 üblichen Gewerken ausgeschrieben werden. Grundlage für die Ausschreibung seien Standardleistungsbücher.

**Gemeinderat Gutgesell** teilt mit, die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Man freue sich, dass auch einige Pfinztaler Firmen den Zuschlag erhalten sollen.

**Gemeinderätin Mohamed Fahir** signalisiert ebenfalls Zustimmung für ihre Fraktion. Schade sei, dass relativ wenig Pfinztaler Firmen bei der Ausschreibung mitgemacht hätten. Sie fragt, ob die beauftragten Firmen auch den Mindestlohn zahlen müssten. Die Gemeinde solle hier Vorbild sein, weshalb man auch dieses Thema im Blick haben müsse.

**Herr Knobloch** informiert darüber, dass die Firmen die Tariftreue nach dem Mindestlohngesetz gewährleisten müssen. Dies würde den Unternehmen „auf's Auge gedrückt werden“. Die Verwaltung achte somit bereits darauf.

**Bürgermeisterin Bodner** fragt:  
„Wer stimmt dem Beschlussvorschlag zu?“

**Abstimmung: 12 Ja-Stimmen**

Das Gremium beschließt somit einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:  
**Die Rahmenaufträge für die Zeitvertragsarbeiten sollen mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Firmen abgeschlossen werden.**

**7. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

**Bürgermeisterin Bodner** erwähnt lobend, dass noch am 17.12.2019 ein Termin mit der neuen Regierungspräsidentin Frau Felder stattfinden werde. Dann könnten auch Ortsvorsteherin Schaier und Ortsvorsteher Rothweiler ihre Anliegen zur Bockstalstraße und zur allgemeinen Verkehrssituation in Berghausen vorbringen.

**8. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium**

**Gemeinderat Reeb** merkt zum Datenschutz beim TOP 2.1 an, dass hier nicht ersichtlich war, welchem Ortsteil das Bauvorhaben zugeordnet werden könne. Des Weiteren werde ja der Bahnübergang in Söllingen bald geschlossen. Er erkundigt sich nach der Umleitungsregelung



für die Wesebachstraße.

**Herr Knobloch** informiert darüber, dass der Auftrag zwischenzeitlich an die Firma Reiff vergeben wurde. Im Vorfeld wurde mit der Polizei und dem Landratsamt besprochen, wie die Umleitung auszusehen habe. Es werde bei der Baumaßnahme 11 unterschiedliche Bauabschnitte geben, von dem jeder einen anderen Umleitungsverkehr bedinge. Im nächsten Mitteilungsblatt werde unter „Allgemeine Bekanntmachungen“ über die vorbereitenden Baumaßnahmen und den grundsätzlichen Ablauf berichtet. Im übernächsten Mitteilungsblatt werde dann die Umleitungsbeschilderung für den ersten Bauabschnitt abgedruckt. Auf der Homepage werde ein Hyperlink eingefügt, über welchen der jeweils aktuelle Beschilderungsplan abgerufen werden könne. Dies habe bei der Baumaßnahme in Berghausen gut funktioniert, wo Aldi, Edeka, Mall + Herlan betroffen waren. Werde in Einzelfällen eine Zufahrt benötigt, habe man das immer hinbekommen.

**Gemeinderätin Frensch** teilt ihre Beobachtung mit, dass die Ampel in Söllingen keine Sensoren für Blinde oder Sehbehinderte habe. Sie fragt, ob die Nachrüstung Sache der Gemeinde sei. Sie möchte darüber hinaus wissen, ob die Anschlussunterbringung in der Wöschbacher Straße funktioniert habe.

**Herr Knobloch** teilt mit, dass dies in 85 % der Fälle Sache des Bundes bzw. des Landratsamtes sei.

**Gemeinderätin Frensch** möchte wissen, ob es sich bei dem von der Verwaltung verwendeten Papier um Recyclingpapier handle.

**Herr Renz** antwortet, dass das Papier das Label des Blauen Engels trage.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet auf die Frage zur Anschlussunterbringung, dass Ordnungsamtsleiter Müller mit dem Eigentümer in Kontakt stehe. Die Personen seien noch nicht eingezogen. Es sei grundsätzlich so, dass die Leute erst dann kommen, wenn die Wohnungen fertig sind.

**Gemeinderat Vortisch** gibt zu bedenken, dass die Postfiliale in Berghausen in 28 Tagen schließen werde. Er fragt, ob eine kommunale Lösung angedacht sei.

**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, es sei klar, dass Berghausen eine Postfiliale brauche. Die Post habe sämtliche Angebote bekommen. Diese bemühe sich ihres Erachtens nicht. Über kurz oder lang werde es in Söllingen genau so sein. Dennoch sei die Verwaltung guter Dinge.

**Gemeinderätin Mohamed Fahir** möchte den Ablauf der Anschlussunterbringung erklärt wissen.

**Bürgermeisterin Bodner** teilt mit, die Behörden würden das untereinander regeln. Hierfür gäbe es das Integrationsmanagement. Sie werde denjenigen, die nähere Infos haben möchten, nach der Sitzung gerne noch etwas dazu sagen.

## 9. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Gemeinderätin Konstandin**, heute als Zuhörerin anwesend, teilt mit, sie halte Energiesparen für sehr wichtig, es dürfe aber nicht so weit kommen, dass die Bürger die Hagwaldhalle



nicht mehr nutzen wollen, weil es dort zu kalt sei. Man solle hier schauen, ob 20°C nicht doch zu wenig seien.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, beendet **Bürgermeisterin Bodner** um 19:21 Uhr die Sitzung.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Die Schriftführerin

\_\_\_\_\_  
Bürgermeisterin Bodner

\_\_\_\_\_  
Gemeinderätin Schaier

\_\_\_\_\_  
Jasmin Vladislav

\_\_\_\_\_  
Gemeinderätin  
Mohamed Fahir